



Pressemitteilung

NRW-Wohnungswirtschaft: Landesregierung verhindert Erreichen der Klimaziele

Die nordrhein-westfälische Immobilienwirtschaft stemmt sich gegen das geplante Erneuerbare-Wärme-Gesetz in NRW (EWärmeG NRW). Das teilte der NRW-Landesverband der Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft (BSI NRW) in Düsseldorf mit. „Die Landesregierung bewirkt mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz genau das Gegenteil von dem, was sie erreichen will“, sagt Alexander Rychter, Verbandsdirektor des VdW Rheinland Westfalen und Mitglied der BSI NRW.

Mit dem EWärmeG NRW möchte die rot-grüne Landesregierung auch im Gebäudebestand erneuerbare Energien bei der Wärmeengewinnung zur Pflicht machen. Bundesweit gilt eine solche Pflicht bereits für Neubauten, NRW will die Länderöffnungsklausel in dem Gesetz nun dazu nutzen, das Gesetz auf den Bestand auszudehnen.

„Die Politik möchte so augenscheinlich einen Beitrag zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes leisten. Tatsächlich aber würde ein solches Gesetz Modernisierungen verhindern“, sagt Rychter. Denn Gebäude-Modernisierungen würden so noch teurer, das zur Verfügung stehende Geld käme weniger Objekten zugute - es würde weniger CO₂ eingespart als ohne das Gesetz. „Mit diesem Gesetz lassen sich weder die schwarz-gelben Klimaziele aus Berlin, noch die rot-grünen aus Düsseldorf erreichen“, urteilt auch Ralph Pass, Vorsitzender des Immobilienverbands Deutschland (IVD) West. Außerdem sei zu kritisieren, dass die Branche mit dem Gesetz auf eine bestimmte Technologie festgelegt sei. Viel sinnvoller sei es doch, bestimmte Ziele, nicht aber den Weg dorthin festzulegen. Im Land Berlin, wo ein ähnliches Gesetz geplant war, habe man dies auch erkannt. „Dort ist dieses Gesetz gescheitert, in NRW sollte es gar nicht erst ausgefertigt werden“, sagt Ralph Pass.

Außerdem kritisiert die BSI scharf, dass die rot-grüne Landesregierung die Wohnraumförderung auf 800 Millionen Euro gekürzt hat. An dieser Entscheidung sei in harten Zahlen zu erkennen, welchen Stellenwert die Landesregierung der Wohnungspolitik beimesse, sagt Falk Kivelip, Geschäftsführer des BFW-Landesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Nordrhein-Westfalen. „Ich plädiere nicht für eine noch höhere Neuverschuldung. Doch angesichts der Ausweitung der Mittel seitens der Landesregierung in anderen Bereichen, gibt einem die Kürzung der Wohnraumförderung zu denken. Offensichtlich nimmt die Regierung die Versorgung der Bevölkerung mit günstigem Wohnraum nicht so wichtig wie andere Dinge“, erklärt Kivelip. Gerade jetzt, da eine hohe Anzahl der Mietpreisbindungen aus den 60er-Jahren auslaufe, seien zusätzliche Investitionen notwendig, um auch in Zukunft preisgünstigen Wohnraum sicherzustellen.

Mitglieder der
BSI Nordrhein-Westfalen:

BFW Landesverband
Nordrhein-Westfalen
regionaler Spitzenverband
der freien Immobilien- und
Wohnungsunternehmen e.V.

Immobilienverband Deutschland
IVD
Verband der Immobilienberater,
Makler, Verwalter und
Sachverständigen Region West
e.V.

VdW Rheinland Westfalen
Verband der Wohnungs- und
Immobilienwirtschaft Rheinland
Westfalen e. V.

VNWI Verband der nordrhein-
westfälischen Immobilienverwalter
e.V.

Ansprechpartner:

VdW Rheinland Westfalen
Goltsteinstraße 29
40211 Düsseldorf
Telefon: 0211 16998-94
Telefax: 0211 16998-50
info@vdw-rw.de



**Nordrhein
Westfalen**

In Sachen Mietrechtsänderung rät die BSI NRW der Landesregierung, die von der Bundesregierung angedachte Mietrechtsänderungen mitzutragen. Dabei gehe es nicht darum, die Mieter überproportional zu belasten, sagt Astrid Schultheis vom Vorstand des Verbands der nordrhein-westfälischen Immobilienverwalter (VNWI). „Vielmehr geht es um einen gerechten Lastenausgleich.“ Es könne doch nicht gesellschaftlich gewünscht sein, dass klimaschützende energetische Sanierungen von Mietern enorm behindert werden können, indem sie die Miete mindern. „Dadurch werden energetische Sanierungen gefährdet“, analysiert Schultheis. Schon gar nicht dürfe die Landesregierung der Versuchung erliegen, dem Reformvorschlag des Landes Berlin zu folgen, das unter anderem die Modernisierungsumlage von elf auf neun Prozent absenken möchte.

Zu der BSI NRW zählen der BFW-Landesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Nordrhein-Westfalen, der Immobilienverband Deutschland (IVD) West, der Verband der nordrhein-westfälischen Immobilienverwalter (VNWI) und der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (VdW) Rheinland-Westfalen. Gemeinsam vertreten sie mehr als 2000 Unternehmen der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in NRW.

Mitglieder der
BSI Nordrhein-Westfalen:

BFW Landesverband
Nordrhein-Westfalen
regionaler Spitzenverband
der freien Immobilien- und
Wohnungsunternehmen e.V.

Immobilienverband Deutschland
IVD
Verband der Immobilienberater,
Makler, Verwalter und
Sachverständigen Region West
e.V.

VdW Rheinland Westfalen
Verband der Wohnungs- und
Immobilienwirtschaft Rheinland
Westfalen e. V.

VNWI Verband der nordrhein-
westfälischen Immobilienverwalter
e.V.

Ansprechpartner:

VdW Rheinland Westfalen
Goltsteinstraße 29
40211 Düsseldorf
Telefon: 0211 16998-94
Telefax: 0211 16998-50
info@vdw-rw.de